

An die Petentinnen und Petenten

Schaffhausen, 30. April 2021

Ihre Petition «für ein Engagement unserer Gemeinde zur Aufnahme von Geflüchteten aus den Lagern auf den griechischen Inseln»

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Dezember 2020 haben Sie bei der Stadt Schaffhausen eine «Petition für ein Engagement unserer Gemeinde zur Aufnahme von Geflüchteten aus den Lagern auf den griechischen Inseln» eingereicht.

Zusammengefasst weisen Sie auf die menschenunwürdige Situation in Flüchtlingslagern auf griechischen Inseln hin. Sie fordern vom Stadtrat, sich bereit zu erklären, Geflüchtete von den griechischen Inseln aufzunehmen und diesen Beschluss öffentlich zu kommunizieren und an den Bundesrat weiterzuleiten.

Der Stadtrat hat Ihr Anliegen geprüft und ist zu folgendem Schluss gelangt:

Eine direkte Aufnahme von Flüchtlingen durch eine Gemeinde oder auch einen Kanton ist nicht möglich. Die Asylpolitik liegt in der Verantwortung des Bundes und die Verteilung innerhalb der Kantone ist Sache des jeweiligen Kantons. Eine zusätzliche Aufnahme von geflüchteten Menschen ist den Städten nur mit der Unterstützung von Bund und Kantonen möglich.

Der Stadtrat ist sich der schwierigen Situation auf den griechischen Inseln und seiner humanitären Verantwortung bewusst. Der Bund hat zwar bereits einen grossen Beitrag zur Verbesserung der Migrationssituation in Griechenland und speziell auf den griechischen Inseln geleistet bzw. leistet diesen immer noch. Dennoch ist die Situation nach wie vor vielerorts prekär. Der Schweizerische Städteverband und die Städteinitiative Sozialpolitik, in welchen die Stadt Schaffhausen Mitglied ist, hat sich wiederholt für die Möglichkeit der Direktaufnahme von Flüchtlingen, etwa im Rahmen des Resettlement-Programms des Bundes, ausgesprochen. Die Stadt Schaffhausen ist im Rahmen derartiger Programme wie andere Städte grundsätzlich auch bereit, Flüchtlinge aufzunehmen und ist der Meinung, dass der Bund in derartigen Programmen international koordiniert ein grösseres Kontingent und damit mehr Menschen aufnehmen sollte. Für eine direkte Aufnahme der Städte müssten die Voraussetzungen geschaffen und die genauen Rahmenbedingungen geklärt werden. Der Städteverband und die Städteinitiative Sozialpolitik, wo die Stadt Schaffhausen Mitglied ist, hat dies wiederholt auf Bundesebene eingefordert.

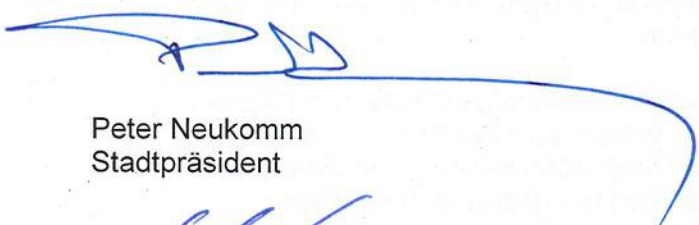
Der Regierungsrat hat gegenüber dem Bundesrat 2019 auf eine entsprechende Interpellation im Kantonsrat hin die Unterstützung des Kantons bei der Umsetzung des Resettlement-Programms angeboten.

Der Stadtrat unterstützt den Kanton bei diesem Anliegen. Er wird - nachdem er im Rahmen des Städteverbandes und der Städteinitiative Sozialpolitik bereits an den Bund gelangt ist - an den Regierungsrat gelangen mit dem Ersuchen, die Bereitschaft der Stadt Schaffhausen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten zusätzliche Geflüchtete (über den bestehenden Verteilschlüssel hinaus) aufzunehmen (davon ausgehend, dass auch andere Städte hierzu bereit sind), gegenüber dem Bund im Rahmen der bestehenden Gefässe zu signalisieren.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

IM NAMEN DES STADTRATS



Peter Neukomm
Stadtpräsident



Marijo Caleta
Stadtschreiber i.V.